

Wahlprogramm 2014

Grünes Petershagen für ein gutes Leben auf dem Lande

1.	Präambel	2
2.	Wohn- und Lebensqualität erhalten	2
3.	Wirtschaftsfaktor Tourismus.....	4
4.	Wirtschafts- und Gewerbeförderung	5
5.	Grüne Landwirtschaft und Tierschutz in Petershagen.....	6
6.	Jugend und Schule	7
7.	Kinder und Familie.....	8
8.	Medizinische Versorgung.....	9
9.	Demografischer Wandel	9
10.	Kultur	10
11.	Sport.....	11
12.	Gleichstellung von Frauen und Männern verwirklichen	11
13.	Verkehr.....	12
14.	Umwelt- und Naturschutz, Abgrabungen, Erneuerbare Energien..	13

Das vorliegende Programm soll unsere Vorstellungen für die Entwicklung unserer Stadt in der nächsten Kommunalwahlperiode von 2014 bis 2020 darstellen. Wir wollen dabei an Ideen und konstruktiven Vorschlägen für die Entwicklung Petershagens anknüpfen, die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat und seinen Ausschüssen während der letzten Jahre eingebracht haben. Verschiedene Fraktionsmitglieder aus unterschiedlichen Fachbereichen haben ihren Teil zur Entstehung des vorliegenden Programms beigetragen. Es bietet einen Überblick über die Schwerpunkte, die wir uns in Petershagen für die nächsten sechs Jahre setzen.

1. Präambel

Die Erhaltung der Lebensgrundlagen von Menschen und Natur sind das Grundanliegen der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Hierzu zählen nicht nur der Schutz von Natur und Landschaft, sondern alle Lebensbereiche der Menschen von Arbeitsplätzen über Wohnen bis zum Zusammenleben in Familie und Nachbarschaft. Vereinfacht gesagt heißt das für Petershagen „**Wie bleibt das gute Leben auf dem Lande weiter möglich?**“ Auf diese Frage wollen wir Antworten geben und bei Problemen nach den besten Lösungen suchen, denn wir leben gerne in unserer Stadt Petershagen und das soll auch so bleiben. Ökologie und Ökonomie sind, wenn man über die Tagespolitik hinausschaut, kein Gegensatz sondern sie bedingen sich. Darum setzen wir uns bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine „ökologische Stadt Petershagen“ ein.

Besondere Prioritäten in den nächsten 6 Jahren haben für uns weiterhin die Schulentwicklung, die Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität trotz sinkender Bevölkerungszahlen, die Förderung des sanften Tourismus, aber auch die Schaffung von dezentralen Arbeitsplätzen durch den Ausbau leistungsfähiger Datenverbindungen.

2. Wohn- und Lebensqualität erhalten

Petershagen verliert schon seit Jahren beständig Einwohner, so dass 2014 nur noch etwas 25000 Menschen im Stadtgebiet leben. Hinzu kommt der dramatische Wandel in der Landwirtschaft, als dessen Folge in den Dörfern nur noch wenige Betriebe ihre großen Bauernhäuser, Ställe und Scheunen nutzen. Viele landwirtschaftliche Gebäude stehen bereits leer oder werden nur noch zu geringen Teilen gebraucht. Diese Entwicklung ist dramatisch und derzeit erst in Ansätzen sichtbar. Noch erfolgen die notwendigsten Bauunterhaltungen, aber in den nächsten 10 bis 15 Jahren wird das, auch bedingt durch das Alter der Eigentümer, immer weniger möglich sein. Wie werden unsere Dörfer dann aussehen? Werden die Menschen auf dem Land dann zwischen verfallenden Hofgebäuden leben und was ist mit den Werten, die diese Gebäude ja eigentlich darstellen?

Trotz des Bevölkerungsrückganges werden in der Stadt Petershagen bisher immer noch Neubaugebiete ausgewiesen. Dabei müsste der Bedarf an Wohnraum sinken oder wenigstens gleich bleiben. Die Folge ist, dass durch die Erweiterung des Baulandangebotes und durch leer stehende Gebäude der Wert der Häuser im Umfeld sinkt. Durch immer stärkere Ausweitung von Siedlungsflächen (täglich wachsen Siedlungs- und Verkehrsflächen in NRW um 10ha!) steigen die Infrastrukturkosten für die Stadt und damit auch Umlagen und Gebühren für die Bürger.

Hier wollen wir eine bewusste Neuorientierung erreichen: Bestandserhalt soll zukünftig eindeutig vor Neubau gehen. Deshalb wollen wir keine weiteren Neubaugebiete mehr ausweisen. Vorrang muss die Um- und Neunutzung, die Modernisierung und energetische Nachrüstung bestehender Gebäude haben. Soweit ausnahmsweise noch weitere Flächen für den Neubau von Wohngebäuden ausgewiesen werden, sind die Bebauungspläne nach den

Empfehlungen für „Regionale Baukultur des ländlichen Raumes im Mühlenkreis Minden-Lübbecke“ aufzustellen. Beides, Erhalt und Neunutzung bestehender Gebäude und, wo unvermeidlich, regional angepasster Neubau bieten die Chance die Attraktivität der Stadt mit Petershagen und Lahde und den 27 Dörfern zu erhöhen und ihre Individualität zu bewahren. Das kann nicht nur Anreize für Tourismus und Einzelhandel schaffen, sondern nutzt auch der Lebensqualität der Petershäger BürgerInnen.

Die Um- und Neunutzung bestehender, ehemals landwirtschaftlicher Gebäude bietet auch einen Anreiz für den Zuzug von Menschen aus anderen Regionen, die sich bei uns ihren Traum vom „Guten Leben auf dem Lande“ erfüllen können. Dafür ist es jedoch wichtig, dass im gesamten Stadtgebiet leistungsfähige Datenverbindungen bestehen, denn ein guter Internetanschluss ermöglicht zunehmend auch das Arbeiten von zu Hause aus. Und die großen Gebäude auf den Dörfern bieten dazu den notwendigen Platz.

Daher fordern wir:

- Förderung seniorengerechter, barrierefreier Modernisierungen, Um- und Neunutzungen bestehender Gebäude durch Beratung der Eigentümer (auch zu Fördermöglichkeiten von Bund und Land). Erhaltung der Infrastruktur in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Mobilität.
- Bestandskataster ungenutzter landwirtschaftlicher Gebäude und aktive Vermarktung und Suche umnutzungswilliger Neubürger. Brachflächenrecycling (u.a. ein Gesamtkonzept zur Nutzung ausgekiester Flächen) und aktive kommunale Baulandpolitik (unzureichend genutzte Baugebiete, Bodenpreissteuerung).
- Verzicht auf die Ausweisung von neuen Baugebieten, durch die nicht nur Freiraum in Siedlungsfläche umgewandelt wird, sondern auch Folgekosten für die Erhaltung der Infrastruktur entstehen (z.B. Straßen und Kanäle etc.). Angesichts sinkender Bevölkerungszahlen müssen Standards, etwa bei den fast 4000 Straßenlaternen im Stadtgebiet, in Frage gestellt werden. Petershagen besitzt viel alte Bausubstanz, die es zu erhalten und gegebenenfalls auch umzunutzen gilt. Diese Innenentwicklung bestehender Siedlungen hat für uns unbedingten Vorrang vor der Ausweisung neuer Baugebiete.
- Alle Maßnahmen und Aktivitäten der BürgerInnen für ihre Orte sollen gefördert werden. Ohne solche gemeinschaftlichen Bemühungen für die Attraktivität unserer Dörfer, vom Bürgerbus bis zum Dorfladen, werden wir in Zukunft das Gute Leben auf dem Lande nicht bewahren können.

Ziel einer ökologisch orientierten Kommunalpolitik ist die Vernetzung von Wohnen, Arbeiten, Ausbildung, Einkaufen und Freizeit. Daher hat für uns der Erhalt bestehender Geschäfte in den Ortslagen Vorrang vor der Neuansiedlung von Supermarktketten an Ortsrändern und überörtlichen Straßen.

3. Wirtschaftsfaktor Tourismus

Besonders wichtig ist uns, dass Naturschutz und Tourismus so in Einklang gebracht werden, dass Tourismus die Naturschutzziele unterstützt und ihnen nicht entgegensteht. Gute Beispiele dafür sind das Besucherlenkungskonzept „Auf neuen Wegen durch die Petershäger Weseraue“, das Einheimischen und Gästen spannende Einblicke in die Natur gewährt, ohne sie dabei zu stören oder die viel befahrene Storchenroute. Die wachsende Zahl von Besuchern in Petershagen zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Zur Entwicklung des Tourismus und seiner Beschäftigungspotenziale setzen wir uns ein für:

- Die Erhaltung und Verbesserung unserer Stadt- und Ortsbilder und von Natur und Landschaft. Je attraktiver Petershagen mit seinen vielen Dörfern und der umgebenden Natur ist, umso lieber werden sich Gäste bei uns aufhalten und auf Entdeckungstouren gehen.
- Die Umsetzung der Planungen zur „Weserzeile“ (Entwicklung von Tourismus-Angeboten entlang der Weser), wobei für Bündnis 90/Die Grünen Naturschutzbelange besonders berücksichtigt werden müssen. Für uns kann in diesen sensiblen Bereichen eine Tourismusentwicklung nur im Einklang mit den Naturschutzanforderungen erfolgen. Tourismuseinrichtungen oder -angebote, die negative Auswirkungen auf die Natur in der Weseraue haben könnten, lehnen wir strikt ab. So wäre für uns beispielsweise ein Fahrrad- oder Fußweg auf dem Weserdeich bei Hävern, der die Glashütte mit dem Fähranleger verbinden würde, aufgrund der damit verbundenen Störungen nicht denkbar. Ein positives Beispiel für sanften Tourismus entlang der Weser ist dagegen das Besucherlenkungskonzept „Auf neuen Wegen durch die Weseraue“, das von der Biologischen Station entwickelt wurde. Durch Themenführungen ließe sich das Angebot weiter verbessern. Die bisher kleinteiligen Beweidungsflächen für Großtiere sollten zukünftig stärker zusammengelegt werden, wobei Wege oder Teile von Wegen auch nach dem Vorbild anderer Beweidungsprojekte (z.B. in Petershagen die Beweidung des NSG's Gehlberg oder verschiedene Beweidungsprojekte in Lippe, in Niedersachsen, Schleswig-Holstein oder Berlin) über die Weidefläche führen können.
- Die Entwicklung eines vernetzten Angebotes (z.B. Ausbau der Tourismuseite der Stadt Petershagen, stärkere Präsenz auch in anderen Online-Portalen, Entwicklung einer wo-ist-was-App) unter Einbeziehung von Themen wie z.B.
 - Museen: Glashütte Gernheim, Westfälisches Storchenmuseum in Windheim, Heimat- u. Heringsfängermuseum in Heimsen
 - Mühlen mit Mühlenbauhof und Mühlenstraße,
 - Radwanderwege: Weserradweg, Storchenroute
 - Besucherkonzept der Biostation „Wege durch die Weseraue“
 - Wanderrouten in Petershagen: Dorfspaziergänge durch die einzelnen Ortsteile, Vernetzung mit Wanderportalen im Internet
 - Altes Amtsgericht
 - historische Stadtführungen

- Führungen zu besonderen Themen in Natur und Landschaft.
- Die Ausweisung von weiteren Radrundwegen mit unterschiedlichen Wegelängen und ökologischen Themenschwerpunkten. Förderung der Landwirte durch Nebenerwerbsschaffung mit sanftem Tourismus.

4. Wirtschafts- und Gewerbeförderung

Wirtschaftlich gehört Petershagen zu den strukturschwachen Orten des Landes und auch im Vergleich mit anderen Städten und Gemeinden des Kreises Minden-Lübbecke bleibt dieser Eindruck bestehen. Deutlich wird das an der vergleichsweise geringen Zahl an Arbeitsplätzen im Stadtgebiet und der geringeren Kaufkraft der Bevölkerung. Viele BürgerInnen sind darauf angewiesen sich Arbeitsplätze in benachbarten Regionen als Pendler zu suchen.

So unbefriedigend diese Situation ist, sie wird sich nur allmählich verändern lassen. Es hilft auch nicht auf den großen Investor von außerhalb zu warten. Unser Angebot an Gewerbeflächen ist ausreichend vorhanden. Was fehlt ist die Nachfrage. In dieser Situation können wir uns nur auf unsere eigenen Potentiale, auf die Möglichkeiten unserer Stadt und die Kreativität unserer Menschen besinnen.

Deshalb meinen BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN:

- Grundlage einer von Landeszuschüssen möglichst unabhängigen Kommunalpolitik ist die Stärkung der eigenen Gewerbestruktur und Finanzkraft durch regionale Betriebe und Unternehmen im Sinne der „Eigenständigen Regionalentwicklung“. Solche Ansätze sind gezielt zu fördern und zu vernetzen.
- Ein entscheidender Faktor für Dienstleister und Gewerbetreibende ist ein ausreichend schneller Zugang zum Internet. Die Breitbandverkabelung oder auch andere geeignete Techniken voranzutreiben ist dazu die Voraussetzung.
- Petershagen verfügt über ein Potenzial an ehemals landwirtschaftlicher Bausubstanz, die heute ihre ursprüngliche Nutzung verloren hat. Für neue Unternehmen, Freiberufler und Dienstleister kann das eine günstige Möglichkeit bieten Wohnen und Arbeiten unter einem Dach zu vereinen. Kosten und Risiken sind dabei meist deutlich geringer als bei einer Ansiedlung in Gewerbegebieten. Einschränkend gilt aber auch, dass dafür nicht jedes Gewerbe geeignet ist.
- Die Stadt soll durch gezielte Beratung und Betreuung Gründer und JungunternehmerInnen fördern.
- Förderungswürdig sind auch Ideen und Unternehmungen, die zunächst nur bescheidene Einkünfte erzielen.
- Alle Unternehmungen mit lokalen Wertschöpfungsketten sind besonders zu fördern. Das gilt auch für die Ausbeutung von Naturgütern wie Sand und Kies. Auf Betriebe, die unsere Rohstoffe ohne weitere Veredelung einfach nur „exportieren“, können wir gut verzichten, denn unsere Ressourcen können nur einmal ausgebeutet werden.
- Auch die Energieerzeugung aus regenerativen Quellen ist eine Möglichkeit Einkommensquellen für die Region zu erschließen. Dafür brauchen wir keine anonymen Kapitalanleger von außerhalb, sondern erneuerbare Energieerzeugung gehört in Bürgerhand. Dass das keine Utopie ist, machen uns die Nordfriesen vor, die 98% ihrer Windräder in Eigenregie betreiben. Deshalb setzen sich BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN für Bürgerenergieprojekte ein, denn wo die Belastungen aus dem

Betrieb dieser Anlagen entstehen, müssen auch die wirtschaftlichen Gewinne bleiben!

5. Grüne Landwirtschaft und Tierschutz in Petershagen für die Menschen, unsere Natur und unsere Umwelt!

Auch an Petershagen ist der Strukturwandel in der Landwirtschaft nicht spurlos vorüber gegangen. Die Veränderungen sind deutlich spürbar:

Noch immer nimmt die Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe ab, die verbleibenden Betriebe bewirtschaften immer größere Flächen. Von der Landwirtschaft leben kann nur ein kleiner Teil der Landwirte. Bezogen auf den Kreis Minden-Lübbecke bewirtschaften weniger als 1/3 aller Landwirte ihren Betrieb im Haupterwerb, der Rest sind Nebenerwerbslandwirte. Mit diesem Konzentrationsprozess verbunden ist auch eine veränderte Form der Landbewirtschaftung: Schläge werden zusammengelegt, Feldraine und Wege werden unter den Pflug genommen, Tierhaltung findet fast ausschließlich in immer größer werdenden Ställen mit immer mehr Tieren pro Hof statt. Die Folgen sind eine Konzentration der Flächennutzung auf Mais- und Kartoffelanbau, das Verschwinden von die Landschaft gliedernden Strukturen wie Raine und Hecken sowie ein massiver Artenschwund gerade in der Agrarlandschaft. Noch vor wenigen Jahren häufige Arten wie Haussperling, Feldsperling oder Feldlerche stehen auf der Roten Liste der gefährdeten Tierarten, der Kiebitz ist aus unserer Landschaft fast ganz verschwunden.

Daher fordern wir Grünen eine nachhaltige, umweltschonende, und tiergerechte Landwirtschaft, frei von Agro-Gentechnik und Massentierhaltung. Wir wollen Bauernhöfe, keine Agrarfabriken und Monokulturen.

- Wir fordern einen Stopp für den weiteren Ausbau der Massentierhaltung in Petershagen! Auflagen in Genehmigungsverfahren müssen dauerhaft nachgehalten und ihre Einhaltung kontrolliert werden.
- Wir fordern eine klare und nachvollziehbare öffentliche Dokumentation aller Gülle- und Hühnerkotimporte nach Petershagen.
- Wir wollen verhindern, dass die Einträge von Nitrat und Agrargiften im Grundwasser ansteigen und die Trinkwasserqualität beeinträchtigen.
- Wir wollen den Schutz unserer unbefestigten Feldwege und Randstreifen als Lebensraum für viele Tier- und Pflanzenarten. Sie sollen außerhalb von Schutzgebieten den Menschen in der Stadt Petershagen zur Erschließung ihrer Landschaft und der Natur auch weiter zur Verfügung stehen, wenn sie die Landwirtschaft nicht mehr benötigt. Sie müssen davor geschützt werden umgepflügt oder mit Glyphosat totgespritzt zu werden.
- Die Bürgerinnen und Bürger in Petershagen haben ein Recht auf eine intakte und artenreiche Kulturlandschaft und gutes Trinkwasser.

Tierschutz betrifft auch unsere Haustiere. Deshalb setzen sich BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN für eine **Katzenschutzverordnung** in Petershagen ein. Vorbild sind dabei z.B. Porta Westfalica, Paderborn und viele andere Städte im Land, die mit so einer Verordnung gute Erfahrungen gemacht haben. Wir nehmen damit auch eine Forderung der Tierschutzverbände und Tierheime auf. Mehr Informationen hierzu auf unserer homepage: <http://www.gruene-petershagen.de/index.php?view=showa&aid=346>;

6. Jugend und Schule

Jugendpolitik bedeutet für uns, die politische Willensbildung junger Menschen zu fördern und sie zur Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen zu motivieren und zu qualifizieren. Dies gilt vornehmlich für den Bereich Bildung und Ausbildung. Ihre Freizeit sollen die Jugendlichen in den Einrichtungen der öffentlichen Jugendpflege weitestgehend selbst bestimmen können.

Bereich Jugend:

Wir fordern und betreiben:

- Eine Aktualisierung der Angebote unseres Jugendzentrums vor allem im integrativen Freizeit- und Bildungsbereich
- Hierfür wäre die personelle Ausstattung des JZ zu erweitern, um einerseits längere Öffnungszeiten zu ermöglichen, andererseits auch Angebote an Wochenenden unterbreiten zu können. Differenzierte und gruppenspezifische Offerten sind wünschenswert.
- Das Jugendzentrum sollte sich in die Ganztagsbetreuung der Schulen integrieren, um auch präventiv wirken zu können.
- Die Einrichtung eines Jugendbeirates bei Assistenz des Jugendpflegers und seine Einbeziehung in die Arbeit des Ausschusses für Schule und Sport sind uns wichtig.
- Der „Offene Ganztag“ an der Sekundarschule sollte so ausgestattet und ausgestaltet werden, dass er die Aufgaben eines zweiten Jugendzentrums erfüllen kann.

Bereich Schule:

- Der „Runde Tisch Schule“ soll Leitbilder für die Entwicklung der „Grünen Schulstadt Petershagen“ erarbeiten, weil in ihm vielfältige Interessen, unterschiedliche Erfahrungen und Kenntnisse vertreten sind. Die Verwaltung sollte verpflichtet werden, die Intentionen dieses Gremiums umzusetzen.
- Die Schulgebäude und deren Ausstattung müssen - auch unter energetischen Aspekten - aktuellen Standards entsprechen.

- Die noch vorhandenen Grundschulen sollen erhalten und in den drei Verbänden Lahde, Petershagen und Windheim organisiert werden. Dabei ist ihre Profilierung zu betreiben.
- Mittelfristig soll in die Sekundarschule eine Fachoberschule mit dem Schwerpunkt 'Energie und Umwelt' integriert werden, um alle weiterführenden Abschlüsse in Petershagen anbieten zu können. Dies würde auch den unmittelbaren Zugang zum Campus Minden ermöglichen.
- Das Gymnasium sollte sowohl in acht als auch in neun Jahren zum Abitur führen.

Ein hochqualifiziertes Bildungs- und Ausbildungsangebot dient nicht nur den Kindern und Jugendlichen, sondern auch der Zukunftsfähigkeit unserer Stadt.

7. Kinder und Familie

Kinder als unsere Zukunftsträger sollten im Zentrum unseres Interesses stehen. Es ist alles zu tun, um ihre Entwicklung, ihr Lernen und ihre Begabungen zu fördern. Dies kann nur in einem sehr differenzierten Angebot geleistet werden, das auch auf neuere Erkenntnisse mit angemessenen Veränderungen reagiert. Sinnvoll wäre eine Koordinationsstelle unter professioneller Leitung mit einem ehrenamtlichen Team für frühkindliche und kindliche Betreuung, die sowohl Hilfen vermitteln als auch spontane Hilfsangebote unterbreiten.

Daher setzen wir uns ein für:

- Mehr Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter drei Jahren
- Erhalt ortsnaher Kindergärten, Unterstützung und Förderung von alternativen Kinderbetreuungseinrichtungen wie Waldkindergarten oder Tagesmuttergruppe
- Unterstützung der Kindergärten in der Familienbildungsarbeit
- Mehr Kinderspielplätze, um in den Ortschaften ein kommunikatives Miteinander unter den Familien zu schaffen
- Unterstützung und Förderung alternativer Kinderbetreuungsmodelle wie Waldkindergarten und Tagesmuttergruppen
- Einrichtung einer Koordinationsstelle für Betreuungs- und Bildungsangebote (Vermittlung von Tagesmüttern, Vermittlung von Beratungs- und Therapieangeboten usw.)
- Weitere Unterstützung und Förderung von Energie- und Umweltprojekten an Schulen
- Modernisierung der Heizungs- und Sanitäreinrichtungen in den Schulen unter energetischen Aspekten (Die Investitionskosten werden kurzfristig durch die Einsparungen mehr als gedeckt werden.)
- Ausbau der Ganztagsangebote an Kindergärten und Schulen

8. Medizinische Versorgung

Die aktuellen und unterscheidbaren Tendenzen in der medizinischen Versorgung der Bevölkerung auf dem Lande lassen zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine tragfähigen Konzepte erkennen.

Modellartig sollte versucht werden, für unsere Stadt drei medizinische Zentren einzurichten, denen jeweils Mobilität (z.B. die Funktion eines mobilen Notarztes) zur Verfügung steht. Leitideen und Einzelheiten sollte ein Gremium konzipieren, das - ähnlich des 'Runden Tisches Schule' - ggf. auch deren Umsetzung betreibt.

In diesem Bereich ist dringend Handlungsbedarf geboten.

9. Demografischer Wandel

Den 'demografischen Wandel' vor Ort verstehen wir Grüne als Herausforderung, der wir uns stellen wollen: mit einer aktiven Seniorenpolitik in und für Petershagen!

Womit aus Sicht der Grünen auch schon die Aufgaben der nächsten Jahre benannt sind:

"Wir Grüne werden uns einsetzen für den Ausbau des zentrumsnahen Angebots an seniorengerechtem, barrierefreiem und bezahlbarem Wohnraum sowie einer ausreichenden Zahl von Pflegeplätzen für Menschen, die nicht mehr zu Hause leben können oder wollen! Wir treten ein für die Einrichtung und Stärkung von Begegnungsstätten der Generationen, für die Verbesserung des Angebots an öffentlichen Verkehrsmitteln (Bus und Bahn, Bürgerbus) und wir werden uns gegen die weitere Ausdünnung der Linien sowie gegen steigende Fahrpreise zur Wehr setzen!" Weiterhin wollen die Grünen dazu beitragen, "dass das bürgerschaftliche Engagement unserer Seniorinnen und Senioren, sei es in Vereinen, Kirchen, beim Vorlesen in unserer Bücherei oder Erzählrunden in unseren Schulen gestärkt wird, denn die Lebenserfahrungen und die erworbenen beruflichen Kompetenzen sind für die nachfolgenden Generationen von enormem Wert."

Außerdem werden wir für den Ausbau des Beratungs- und Versorgungsnetzes für ältere und alte Menschen in unserer Stadt streiten, denn es kann nicht sein, dass ein erheblicher Teil der in unserer Stadt lebenden Seniorinnen und Senioren gar nicht weiß, an wen und wohin sie sich im Bedarfsfall wenden können!

Drohende Vereinsamung, Krankheit, Altersarmut sind keine Privatsache - sondern zentrale Herausforderung an eine Politik der Gerechtigkeit, der Senioren-Gerechtigkeit eben.

10. Kultur

Der Erhalt der Begegnungsstätte „Altes Amtsgericht“ und der eigenen städtischen Musikschule sind uns wichtig.

Wir begrüßen, dass die Stadt Konzerte und Ausstellungen in eigenen aber auch privaten Räumen durchführt oder unterstützt. Auf die Sanierung der jüdischen Synagoge und bald auch der jüdischen Schule, auf das Storchenmuseum im Haus Windheim No. 2, das Heimat- und Heringsfängermuseum in Heimsen oder die Glashütte in Gernheim mit ihren umfangreichen Aktivitäten sind wir Petershäger BürgerInnen mit Recht stolz. Was uns bisher zu kurz kommt, sind Veranstaltungen speziell für Jugendliche. Kulturarbeit in der Stadt Petershagen muss die Vielzahl der Ortschaften und die unterschiedlichen Bedürfnisse in der Stadt Petershagen beachten.

Kultur gehört für uns zur Lebensqualität. Sie wichtig für die Attraktivität unserer Stadt, etwa bei der Neuansiedlung von Familien und Unternehmen. Daher darf Kultur nicht nur verwaltet und dürfen Mittel hierfür nicht nur bewilligt werden, sondern es muss eine aktive Kulturarbeit geben, die in ein konkretes und schlüssiges Kulturkonzept einmündet.

Wir werden uns einsetzen für:

- Förderung und Initiierung von Projekten
- die Sicherung der kulturellen Tradition und die Stärkung der kulturellen Eigenständigkeit der Stadt und die Erhaltung der bisherigen Kulturarbeit mit vielfältigen Konzerten und Ausstellungen in städtischer Regie,
- den Erhalt der Stadtbücherei und der städtischen Musikschule als wichtige kulturelle Einrichtungen,
- Einrichtung eines Stadtarchives in der ehemaligen Grundschule in Neuenknick mit der Möglichkeit für BürgerInnen im Archiv zu arbeiten und zu forschen.
- Aufarbeitung von Sammlungsgegenständen zur Vor- und Frühgeschichte aus archäologischen Forschungen im Stadtgebiet, die als Schenkung an die Stadt gegangen sind. Ziel ist die Darstellung des reichen archäologischen Erbes unserer Region in einem Bereich des Stadtarchives und Zugang für interessierte Besucher. Gleiches gilt auch für die paläologischen Funde aus dem Stadtgebiet.
- Öffentliche Darstellung der Bedeutung unserer Bau- und Kunstdenkmäler durch Hinweistafeln an den Gebäuden und Objekten .

11. Sport

Ein weiterer sehr wesentlicher Standortfaktor ist der Sport in unseren Dörfern. Seine Möglichkeiten, Freizeit sinnvoll – d.h. sozial – zu gestalten, Gesundheit zu stärken und zu entwickeln, müssen vermehrt unseren Bürgern angetragen werden. Dabei darf auch die beachtenswerte Leistung des Sports, die Integration zu fördern, nicht außer Acht gelassen werden. Dies gilt insbesondere für Kinder, Jugendliche und jüngere Erwachsene, die sich anderen kulturellen Angeboten gegenüber eher distanziert verhalten.

Bei der Entwicklung aktueller Angebote stehen die Sportvereine mit ihrem großen Aufgebot an ehrenamtlichen Mitarbeitern im Mittelpunkt des Geschehens; insofern sind sie besonders zu stärken und zu fördern.

Auch im Hinblick auf den demografischen Wandel ist es besonders wichtig, dass es mehr Sportangebote speziell für ältere Menschen gibt. Die präventive Wirkung des Sports in Bezug auf Alterungsprozesse erhält zunehmend Bedeutung.

12. Gleichstellung von Frauen und Männern verwirklichen

Bei der Rollenverteilung in unserer Gesellschaft erfahren Frauen sehr häufig immer noch erhebliche Benachteiligungen. Frauen sind trotz häufig guter Ausbildung kaum in Führungspositionen. Familie und Beruf sind aufgrund fehlender Betreuungsmöglichkeiten schlecht vereinbar. Durch die Übernahme von Pflegeaufgaben sind Frauen stark belastet. Auch sind Frauen überproportional häufig von Armut betroffen. Gewalt gegen Frauen und Kinder ist immer noch ein großes Problem.

Wir fordern daher die Einrichtung eines Gleichstellungsausschusses mit folgenden Aufgaben:

- Gleichstellungsbelange in den Ausschüssen deutlich zu machen
- die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten zu unterstützen, zu fördern und ihre Unabhängigkeit sicherzustellen
- Fortschreibung des Frauenförderungsplanes in der Stadtverwaltung zu erreichen
- Förderung von Beschäftigungsinitiativen für Frauen.
- Ausweitung und Förderung der Arbeit mit Mädchen/Jungen an den Schulen, z.B. die Durchführung von Kursen zum Umgang mit und zur Vermeidung von Gewalt- und Mobbing-situationen.
- Beachtung und Berücksichtigung von Frauenbelangen in allen Bereichen z.B. Verkehrsmittel, Wege, Beleuchtung

- Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter 3 Jahren, für Kindergartenkinder und für Schulkinder

13. Verkehr

Fehlende Konzepte bei der Stadtentwicklung, viele Einzelgemeinden in der Stadt Petershagen, die starke Zersiedlung, der Abbau des Nahverkehrssystems, die Zersplitterung der Verkehrsbetriebe und die Missachtung der verkehrsspezifischen Aspekte der demografischen Entwicklung haben letztlich zu einer desolaten und sehr schlechten Situation des Nahverkehrssystems geführt. Das Auto bleibt neben dem Fahrrad fast die einzige Möglichkeit zur Mobilität. Das steigende Verkehrsaufkommen und die fehlenden Alternativen zum Auto mindern erheblich die Wohn- und Lebensqualität. Gerade in einer ländlich geprägten Gemeinde wie Petershagen ist der öffentliche Personennahverkehr der entscheidende Faktor für die Infrastruktur mit Auswirkungen auf nahezu alle Lebensbereiche wie Jugendliche, Senioren, Touristen, die Wirtschaft.

Daher setzen wir uns ein für:

- Verknüpfung der Taktzeiten für Bus und Bahn regional und überregional
- Ortschaften und Zentren verbinden, städtischer Verkehrsverbund
- Gezielte Verkehrsführung
- Verbesserung des Radwegenetzes
- Taxibussystem ausbauen
- Bessere Ausschilderung
- Aufbau und Erprobung einer Mitfahrzentrale von Bürgern und Nachbarn zur Sicherung der Mobilität in den Dörfern.

14. Umwelt- und Naturschutz, Abgrabungen, Erneuerbare Energien

Petershagen besitzt wertvolle Landschaftsräume, nicht nur das international bedeutsame Vogelschutzgebiet 'Weseraue'. Diese Schätze gilt es zu bewahren und behutsam weiterzuentwickeln – damit sie auch zukünftigen Generationen erhalten bleiben.

Umwelt- und Naturschutz müssen daher im Verwaltungshandeln eine wichtige Rolle spielen.

Unsere Forderungen sind:

Umwelt- und Naturschutz

- Schutz eines artenreichen, einheimischen Baumbestandes zur Verbesserung des Stadtklimas und zur Gestaltung eines abwechslungsreichen Orts- und Landschaftsbildes.
- Weiterentwicklung des Baumkatasters: Um zu vermeiden, dass mit dem Argument der Gefahrenabwehr Bäume vorsorglich gefällt werden, muss eine laufende Prüfung der Bäume durch speziell geschultes Personal erfolgen. Diese Prüfung ist im Rahmen des Baumkatasters sorgfältig zu dokumentieren. Durch diese Art der Führung des Baumkatasters würde die Beobachtung und Dokumentation bei Haftpflichtfragen eine vorsorgliche Fällung ersetzen. Fällungen wären dann nur noch das letzte Mittel in einer ganzen Reihe möglicher baumpflegerischer Maßnahmen. So können nicht nur einwandfrei gesunde, sondern auch bereits geschädigte Bäume, durch gezielte Pflegemaßnahmen länger erhalten werden.
- Für Eingriffe in Natur und Landschaft, die nicht vor Ort ausgleichbar sind, sollen die fälligen Ausgleichsabgaben von einem „Ökokonto“ abgebucht werden. Das bedeutet, dass die Stadt jetzt schon und im Vorgriff auf Eingriffe Maßnahmen durchführt wie die Aufwertung von Landschaftsteilen oder die Renaturierung von Bachabschnitten, z.B. an der Ösper. Wenn dann ein Eingriff in Natur und Landschaft erfolgen soll, z.B. ein Bauvorhaben, dann können die erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen von diesem Ökokonto abgebucht werden. Das Ökokonto ist also ein Guthaben an Maßnahmen, von dem anfallende Maßnahmen „abgebucht“ werden können. Der Vorteil für die Stadt ist, dass sie potentiellen Investoren mit bereits vorhandenen Ausgleichsmaßnahmen die Ansiedlung erleichtert. Der Vorteil für die Natur besteht darin, dass nicht wie bislang an vielen verschiedenen Stellen kleine Maßnahmen durchgeführt werden, deren Effekt schnell verpufft, sondern auch größere Maßnahmen möglich sind, die eine echte Ausgleichsfunktion besitzen.
- Um Kosten für eine effektive Pflege und Kontrolle der Wirksamkeit der Maßnahmen zu sparen, wollen wir diese Aufgaben an geeignete Dritte, wie z.B. die Stiftung Westfälische Kulturlandschaft oder die Biologische Station im Kreis Minden-Lübbecke, übertragen.

- Die Wasserrahmenrichtlinie der EU sieht vor, dass die Gewässer bis 2015 in einen 'guten ökologischen Zustand' versetzt werden. Für viele Gewässer in Petershagen gibt es bereits jetzt Konzepte, wie sie verbessert werden können. Wir fordern, dass die Stadt sich aktiv dafür einsetzt, dass diese Konzepte auch umgesetzt werden. Die Maßnahmen werden zu 80% vom Land NRW gefördert, die restlichen 20% übernimmt entweder die Stadt oder der Wasserverband Weserniederung. Wir setzen uns auch dafür ein, dass die Stadt Haushaltsmittel zur Finanzierung des Eigenanteils in ihren Haushalt einstellt – denn Maßnahmen an unseren Bächen und Flüssen sind auch aktive Wirtschaftsförderung. Die Stadt Petershagen soll, wie an der Ösper bereits angefangen, mit gutem Beispiel voran gehen und auf allen städtischen Grundstücken, die an Gewässer grenzen, Maßnahmen durchführen.

Weser

Die Weser ist ein vom Wasserbau geprägter und von Minden bis Bremen und Bremerhaven auch durch Schiffverkehr genutzter Fluss. Steinschüttungen an den Ufern bedingen eine einheitliche Breite des Flusses, Staustufen und die damit verbundenen Abschnitte mit geringer Fließgeschwindigkeit sind für Fließgewässerorganismen lebensfeindlich. Einen der wenigen, nur mäßig beeinträchtigten Gewässerabschnitte findet man in Petershagen, in den nicht von der Schifffahrt genutzten Weserschleifen.

Trotz der vielfältigen Nutzungsansprüche sind jedoch ökologische Verbesserungen der Weser möglich. Diese sind nicht nur zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in Petershagen auch von besonderer Wichtigkeit. Wir setzen uns daher ein für:

- Keine weitere Anpassung der Weser an die Schifffahrt, keine weiteren Regulierungen und kein weiterer Ausbau der Weser, sondern statt dessen eine Anpassung der Schifffahrt an die natürlichen Gegebenheiten der Weser
- Schaffung naturnaher Elemente auch in schiffbaren Abschnitten der Weser
- Weitgehende Renaturierung und Ruhigstellung der von der Schifffahrt nicht genutzten Weserschleifen
- Einrichtung eines naturnahen Zugangs zur Weser im Stadtbereich von Petershagen in Verbindung mit der Schaffung einer Weserinsel
- Stop aller Salzeinleitungen in die Weser durch den thüringischen Kaliabbau

Abgrabungen

- Wir wollen bei der Genehmigung von Abgrabungen, dass zukünftig endlich eine echte Gesamtbewertung zur Verträglichkeit aller bereits vorhandenen, zurzeit durchgeführten, geplanten und in Zukunft gewünschten Vorhaben erfolgt. Der bereits vorhandene, von der Bezirksregierung aufgestellte Regionalplan (früher auch Gebietsentwicklungsplan, kurz GEP genannt) kann diese Funktion nicht erfüllen. Zwar hat er auch den Anspruch, die Abgrabungstätigkeit zu ordnen, in der Praxis wird aber bei einem Abgrabungswunsch einfach der Plan „angepasst“ – schon sind die planerischen Voraussetzungen für eine Abgrabung gegeben. Regionalplanung sieht offenbar ihre wichtigste Aufgabe darin, die Rohstoffversorgung zu sichern. Eine

Belastungsgrenze für einen Landschaftsraum, ab der es keine weiteren Abgrabungen mehr genehmigt werden, gibt es nicht. Eine solche Planung ist Salami taktik, die lediglich die Reihenfolge der abzugrabenden Flächen vorgibt und die eine komplette Landschaftszerstörung billigend in Kauf nimmt. Die Stadt Petershagen hat sich gegen dieses Vorgehen in der Vergangenheit kaum gewehrt. Um den Druck für eine vorsorgende Regionalplanung zu erhöhen, die nicht nur für die Kiesindustrie sorgt sondern auch Grenzen für die Ausbeutung eines Landschaftsraumes setzt, fordern wir, dass die Stadt Petershagen sich entschiedener gegen weitere Abgrabungen zur Wehr setzt. Insbesondere soll sie zu weiteren geplanten Vorhaben zumindest ihr „gemeindliches Einvernehmen“ verweigern.

- Außerdem sollte ein „Kieseuro“ eingeführt werden, der ähnlich wie der „Wasserpfennig“ von der Kiesindustrie gezahlt werden soll und der gezielt den vom Kiesabbau betroffenen Gemeinden als kleiner Ersatz für den andauernden Abbau von Sand und Kies zu Gute kommt.

Erneuerbare Energien

- Wir setzen uns ein für die Förderung der Schaffung von Nahwärmeinseln, den Einsatz von Blockheizkraftwerken und die Förderung bei der Gründung von Solargemeinschaften: Hierbei soll in kleinen, dezentralen Einheiten Energie und Wärme für den Eigenverbrauch erzeugt und ggf. auch an benachbarte Gebäude abgegeben oder ins Netz gespeist werden.
- Bündnis90/Die Grünen setzen sich für eine ökologisch ausgerichtete Bebauungsplanung ein. Jeder neue Bebauungsplan muss günstige Voraussetzungen zur passiven, thermischen und photovoltaischen Sonnenenergienutzung schaffen. Wichtig ist beispielsweise die Festlegung der Ausrichtung der Gebäude zur Sonne, die Verschattungsfreiheit von Fenstern, Wand- und Dachflächen sowie die Dachform und Neigung.
- Um eine geordnete städtebauliche Entwicklung zu ermöglichen, setzen wir uns für die Ausweisung weiterer Vorranggebiete für Windkraftanlagen im Stadtgebiet von Petershagen ein. Uns ist bewusst, dass das angesichts der Siedlungsstruktur mit vielen kleinen Streusiedlungen einerseits und einer ausgesprochen wertvollen Naturlandschaft mit vielen windenergiesensiblen Vogel- und Fledermausarten andererseits sehr schwierig ist. Wir Grünen wollen den gesetzlich vorgegebenen Schutz der Menschen nicht dem ebenfalls gesetzlich verankerten Schutz wertvoller Naturlandschaften wie z.B. dem Vogelschutzgebiet Weserstaustufe Schlüsselburg und europarechtlich und im Bundesnaturschutzgesetz verankerten Schutz windenergiesensibler Vogel- und Fledermausarten entgegensetzen. Für uns geht es nicht um Klimaschutz „oder“ Vogelschutz. Auch ist es keine Frage, ob wir die Menschen schützen wollen oder die Natur. Für uns muss eine ökologisch und städtebaulich sinnvolle sowie den gesetzlichen Vorgaben entsprechende Vorrangflächenplanung beides gleichwertig berücksichtigen – den Schutz des Menschen und den Schutz gefährdeter Tierarten.
- Wir setzen uns dafür ein, dass zukünftig alle in Petershagen gebauten Windkraftanlagen ausschließlich durch die BürgerInnen der Stadt Petershagen

betrieben werden, wie das in Schleswig-Holstein in vielen Regionen längst üblich ist.
Wir fordern daher: **Windkraft in Bürgerhand!**